

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Deutliche Zustimmung des Volkes zum Staatsvertragsreferendum

Initiative der Gewerbe- und Wirtschaftskammer mit 71,4 Prozent Ja-Stimmen angenommen – Unsicherheit und Misstrauen gegen Aussenpolitik

(G.M.) – Das Volk, verunsichert über die Aussenpolitik im Hinblick auf den EWR-Vertrag, will in Zukunft vermehrtes Mitspracherecht in aussenpolitischen Angelegenheiten. Die Initiative der Gewerbe- und Wirtschaftskammer zur Einführung des Staatsvertragsreferendums erhielt am Wochenende bei der Volksabstimmung 6281 Ja-Stimmen oder einen zustimmenden Anteil von 71,4 Prozent. Bei einer Stimmbeteiligung von 64,7 Prozent sprachen sich nur 2513 gegen das Staatsvertragsreferendum aus, was 28,6 Prozent entspricht.

Mit dem Abstimmungsergebnis wird ein Zusatz in die Verfassung aufgenommen, wonach über jeden Staatsvertrag abgestimmt werden kann, sofern der Landtag eine Volksabstimmung beschliesst oder wenn wenigstens 1500 Stimmberechtigte mit einer Unterschriftensammlung eine Volksabstimmung nach einem Parlamentsbeschluss verlangen. Die Bürgerinnen und Bürger setzten sich am Wochenende mit grosser Deutlichkeit über die Entscheidung des Landtags hinweg, der am 11. Dezember 1991 noch mit überwältigender Mehrheit die Initiative der Gewerbe- und Wirtschaftskammer abgelehnt hatte. Nur gerade drei Abgeordnete der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) setzten sich für die Verbreiterung der Volksrechte im aussenpolitischen Bereich ein, während die VU-Fraktion geschlossen dem Antrag der Regierung folgte.

Kehrtwendung wegen EWR

Im Vergleich zu 1989, als eine Initiative der Freien Liste zur Abstimmung anstand, hat sich die Volksmeinung radikal geändert. Bei ungefähr gleich hoher (oder niedriger) Stimmbeteiligung hatten sich damals nur 43,2 Prozent für die Verankerung des Staatsvertragsreferendums ausgesprochen, während 56,8 Prozent gegen dieses Begehren stimmten. Die Initiative der Freien Liste, die wegen ihres selektiven Charakters kritisiert worden war, konnte die Mehrheit der Bevölkerung nicht überzeugen, während nun im Hinblick auf den EWR-Vertrag die Bürgerinnen und Bürger von den Urhebern der Initiative auf die Notwendigkeit der Mitbestimmung in der Aussenpolitik, insbesondere in der Integrationspolitik, eingeschworen werden konnten. Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer machte bekanntlich keinen Hehl aus ihrer Überzeugung, dass die Initiative im Hinblick auf

das EWR-Abkommen lanciert werden müsse, um eine «Bremse» gegen die Integrationspolitik in der Hand zu haben.

Alle Gemeinden zustimmend

Das Abstimmungsergebnis lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und artikuliert damit die generell verbreitete Unsicherheit bzw. das Misstrauen gegen die Aussenpolitik. Die prozentualen Anteile in den beiden Wahlkreisen mit 71,5 Prozent Zustimmung im Oberland und 71,3 Prozent im Unterland sind beinahe identisch. Zudem sprachen sich in sämtlichen elf Gemeinden überwiegende Mehrheiten für die Einführung des Staatsvertragsreferendums aus: Im Wahlkreis Oberland reichte das Spektrum von 68,3 Prozent Zustimmung in Planken bis zu 73,3 Prozent in Vaduz. Im Unterland war Schellenberg mit 61,3 Prozent jene

Gemeinde mit dem niedrigsten Zustimmungsteil, während Mauren mit einem Anteil von 78,6 Prozent Ja-Stimmen deutlich obenausschwang. Die Resultate lassen in einer ersten vorläufigen Analyse vermuten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger nur zu einem geringen Teil von der VU-Parole beeinflussen liessen und stattdessen die sachliche Auseinandersetzung über Pro und Contra der FBP schätzten, um sich eine eigene Meinung zu bilden.

Aussenpolitisches Mitspracherecht

Jedenfalls folgten die Stimmbürger mehrheitlich nicht der Aufforderung der Regierung, ein Nein in die Urne zu legen und die Initiative abzulehnen. In der Aussenpolitik, so argumentierte die Regierung, hätten Fürst, Landtag und Regierung eigenständige Kompetenzen, die

nicht als Gegenstück zur direkten Demokratie verstanden werden dürften. Weder dieses Argument verfiel letztlich bei den Stimmberechtigten noch die Befürchtung der Regierung, dass ein Staatsvertragsreferendum den «lebenswichtigen Handlungs- und Bewegungsspielraum» eines kleinen Staates wie Liechtenstein in der Aussenpolitik stark einschränke. Auch liessen sie sich nicht überzeugen, vor allem mit Blick auf die Rheinkraftwerke, dass ein Vergleich mit der Schweiz «aufgrund der unterschiedlichen staatlichen Strukturen» nicht zulässig erscheine.

Mehr Zustimmung erhielt dafür die Gewerbe- und Wirtschaftskammer, die erklärte hatte, es widerspreche dem demokratischen Empfinden, dass das Volk von einer Mitsprache bei Staatsverträgen nach wie vor ausgeschlossen sei.

Abstimmungsergebnis Staatsvertragsreferendum

Gemeinde	Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmkarten	Eingelegte Stimmzettel	Gültige Stimmen	Ungültige Stimmen	Leere Stimmen	Abstimmungsergebnis	
							Ja	Nein
Vaduz	2 131	1 292	1 292	1 272	—	20	932	340
Balzers	1 883	1 212	1 212	1 178	1	33	856	322
Planken	165	123	123	120	—	3	82	38
Schaan	2 222	1 637	1 637	1 609	3	25	1 149	460
Triesen	1 688	1 062	1 062	1 042	2	18	720	322
Triesenberg	1 312	715	715	709	—	6	501	208
Total Oberland	9 401	6 041	6 041	5 930	6	105	4 240	1 690
Eschen	1 525	970	968	938	3	27	683	255
Gamprin	509	372	372	358	13	1	245	113
Mauren	1 303	798	798	797	1	16	614	167
Ruggell	752	539	531	531	—	8	342	189
Schellenberg	380	257	257	257	1	—	157	99
Total Unterland	4 469	2 936	2 934	2 864	17	53	2 041	823
TOTAL	13 870	8 975	8 975	8 794	23	158	6 281	2 513

Sport aktuell



6. Hanni-Wenzel-Jugendcup

Trotz heftigem Schneefall und nasskalter Witterung, beteiligten sich 80 junge Skikanonen gestern beim 6. Hanni-Wenzel-Jugendcup im Malbun. Die Tagesbestzeiten erzielten Ingrid Ruhe (Triesen) und Claude Schädler aus Schaan. Unser Bild zeigt einen Teilnehmer in voller Fahrt. (Bild: H.M.)

Markus Hasler überzeugte

Eine starke Leistung bot der Eschner Markus Hasler beim traditionellen Holmenkollen-Langlauf über 50 Kilometer. Hasler landete im guten 29. Rang unter 57 klassierten Läufern.

Weltcuppunkte für Markus Foser

Seine ersten Weltcupunkte erkämpfte sich der Balzner Skirennläufer bei der Abfahrt in Aspen-Colorado. Foser klassierte sich im 24. Rang, 2,62 Sekunden hinter Sieger Daniel Mahrer.

Siegreiche FL-Judokas

Liechtensteinische Kategoriensiege gab es beim 17. Internat. Rheintal-Jugend-Turnier in Heerbrugg. Marion Hahr gewann bei den Junioren plus 61 kg, Viktor Hediger setzte sich bei den Junioren plus 78 kg durch. Christine Lingg belegte in der Klasse bis 56 kg Platz zwei und Walther Kaiser landete bis 71 kg auf dem 3. Rang.

Klare Entscheidung – Signal des Volkes!

Die WählerInnen haben am gestrigen Sonntag eine klare Entscheidung gefällt. Die FBP hat sich in all ihren Gremien in vielen Sitzungen, zwei Tagungen des Landesausschusses, verschiedenen Ortsgruppenversammlungen und zwei öffentlichen Veranstaltungen mit der Abstimmungsvorlage zur Initiative zum Staatsvertragsreferendum eingehend auseinandergesetzt und dabei das PRO und CONTRA sowohl intern, wie in den öffentlichen Versammlungen klar dargestellt. Wir haben damit den BürgerInnen mit einer sachlichen Aufklärung und einer eingehenden Information die Möglichkeit zu einer eigenen Meinungsbildung geboten und damit eindeutige Grundlagen für ihre Entscheidung. Der nun getroffene Volksentscheid ist nicht zuletzt ein Zeichen der Unzufriedenheit der BürgerInnen mit der Informationspolitik der Regierung. Diese Entscheidung bestätigt zudem die vorangegangenen ablehnenden Volksentscheide der letzten Jahre ohne umfassende Information. Gerade in der Angelegenheit EWR/EG wird sich die Informationspolitik der Regierung ändern müssen.

Präsidium der Fortschrittlichen Bürgerpartei

Schaan: Für niedrigeren Steuerfuss

Steuer-Initiative gegen 200 Prozent klar angenommen

(M.) – Die Gemeinde Schaan bleibt weiterhin Steueroase in Liechtenstein: Mit 493 Ja gegen 1123 Nein wurde der Gemeinderatsbeschluss zur Festlegung des Steuerfusses auf die landesweiten 200 Prozent am Wochenende wuchtig verworfen. Der Gemeinderat muss somit demnächst den neuen Steuerfuss beschliessen. Nach dem deutlichen Abstimmungsergebnis dürfte er wohl wie zuletzt 170 Prozent betragen. Auch dieser Beschluss unterliegt wohlgeordnet dem Referendum.

Die Schaaner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten am Wochenende über den Gemeinderatsbeschluss zu entscheiden, den Gemeindesteuerfuss nach einem zweijährigen liechtensteinischen Alleingang von 170 Prozent wieder auf die landesweit üblichen 200 Prozent anzuheben. Gegen den vom Gemeinderat infolge des grossen budgetierten Reservenschnitts am 4. Dezember 1991 mit grosser Mehrheit gefällten Entscheid kam fristgerecht ein Referendum zustande.

69,5 Prozent dagegen

Bei der fällig gewordenen Abstimmung sprach sich der Stimmbürgerverband mit 69,5 Prozent Nein gegen nur 30,5 Prozent Ja klar für einen niedrigeren Steuerfuss aus.

Das Ergebnis vom Wochenende fiel weit deutlicher aus als das Abstimmungsergebnis vor zwei Jahren. Damals waren noch 46,1 Prozent für die bis dahin auch in Schaan geltenden 200 Prozent. Das Stimmenverhältnis betrug 1990 bei einer niedrigen Stimmbeteiligung von 66 Prozent gegenüber 73,6 Prozent am Wochenende (vor zwei Jahren fand allerdings parallel dazu keine weitere Abstimmung, etwa auf Landesebene, statt) 760 Nein gegenüber 649 Ja. Nun waren es bei 2222 Stimmberechtigten und 1637 eingelegten Stimmzetteln 1616 gültige Stimmzettel mit 1123 Nein und 493 Ja (ungültig 1, leer 20).

Spricht sich der Schaaner Gemeinderat nun für die Beibehaltung des 170-Prozent-Steuerfusses aus, so ergibt das für die Gemeinde eine Steuereinsparung von 2 Millionen Franken. Anders gesagt: Die Schaaner Einwohner müssen 2 Millionen Franken weniger Steuern zahlen.

Das Abstimmungsvotum ist als Sparauftrag an die Adresse der Gemeindebehörden zu werten. Interessant dürfte nun zu verfolgen sein, ob das Schaaner Abstimmungsergebnis eine Signalwirkung für andere Gemeinden hat. Vor zwei Jahren freilich blieb die Signalwirkung aus.

Keine neue Orgel in Triesen

Mehrkosten für eine Orgel-Neuanschaffung deutlich abgelehnt

Die Pfarrkirche Triesen, in der gegenwärtig umfangreiche Renovationsarbeiten im Gange sind, wird nicht mit einer neuen Orgel ausgestattet. Die vom Gemeinderat bewilligten Mehrkosten in Höhe von 360 000 Franken, die für ein neues Instrument erforderlich gewesen wären, wurden beim Umengang vom Wochenende sehr deutlich abgelehnt: Nur 277 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sprachen sich für den Kredit aus, 757 lehnten diesen ab und befürworteten damit den Wiedereinbau der bestehenden Orgel in die renovierte und erweiterte Pfarrkirche.

Der Gemeinderat von Triesen hatte sich im Oktober 1991 für den Einbau einer neuen Orgel ausgesprochen. Seinen Entscheid stützte er auf das Urteil von beizugezogenen Fachleuten, die zur Ansicht gelangt waren, dass die bestehende Orgel den hohen Anforderungen im neuen und durch die Erweiterung wesentlich vergrösserten Kirchenraum nicht mehr gerecht würde. Auch eine bauliche Erweiterung des Instrumentes würde nach Meinung der Experten keine optimale Lösung bringen.

Referendum gegen Kreditbeschluss

Zur Anschaffung der neuen Orgel be-

willigte der Gemeinderat einen Mehrkredit von 360 000 Franken. Gegen diesen Kreditbeschluss wurde das Referendum ergriffen, so dass am Wochenende die Wählerschaft das letzte Wort in dieser Angelegenheit hatte. Mit 757 Nein- zu 277 Ja-Stimmen wurden die Mehrkosten für die Anschaffung einer neuen Orgel überaus deutlich abgelehnt. In der renovierten Kirche wird also die bisherige Orgel wieder ihren Dienst tun, die im Juni 1976 eingeweiht worden war. Die Kosten für den Wiedereinbau dieser Orgel werden mit 180 700 Franken angegeben.

97 500 Franken für den Abbau und Wiederaufbau sowie 83 200 Franken für die Gehäuseversetzung und die Anpassung der Abstraktenanlage. Offen dürfte allerdings noch die Frage sein, wer den Umbau ausführen wird. Die Firma Mathis, Näfels, hat der Gemeinde bekanntlich mitgeteilt, dass sie den Auftrag nicht annehmen könne. «Dieser Ablehnung liegen instrumentenbautechnische Überlegungen zugrunde, sie wird aber auch gefordert seitens unserer kunsthandwerklichen Verantwortung», hält die Firma in ihrem Schreiben fest. Der Umbau stelle für sie ein viel zu grosses Risiko dar.